



An das
Mitglied des Deutschen Bundestages
Frau Agnes Malczak
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Dr. Werner Hoyer
Mitglied des Deutschen Bundestages
Staatsminister im Auswärtigen Amt

POSTANSCHRIFT
11013 Berlin

TEL +49 (0)3018 17-2449
FAX +49 (0)3018 17-3289

www.auswaertiges-amt.de

Berlin, den 15.12.10

Schriftliche Fragen für den Monat Dezember 2010
Fragen Nr. 12-142, 143

Sehr geehrte Frau Kollegin,

Liese Frau Malczak,

Ihre Frage:

Inwiefern sind nach Kenntnis der Bundesregierung die in Deutschland stationierten taktischen US-Atomwaffen von den US-Plänen zur Modernisierung des amerikanischen Atomwaffenarsenals betroffen und wie stellt die Bundesregierung den Informationsaustausch und die Konsultation hierüber mit der US-Administration sicher?

beantworte ich wie folgt:

Die Vereinigten Staaten von Amerika haben im Rahmen der „Nuclear Posture Review“ ein „Life Extension Program“ (LEP) für Nuklearwaffen skizziert, mit dem die Waffen bei zunehmendem Alter auch zukünftig den höchsten Sicherheitsstandards genügen werden. Die im Rahmen der nuklearen Teilhabe der NATO in der Bundesrepublik Deutschland stationierten US-Nuklearwaffen sind hiervon grundsätzlich nicht ausgenommen. Die genauen Maßnahmenpakete des LEP bezüglich dieser Waffen sind von US-Seite noch nicht abschließend definiert.

Alle Maßnahmen im Kontext der nuklearen Teilhabe werden durch die Bundesregierung in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO und den entsprechenden Bündnisgremien mit den Bündnispartnern beraten.

Ihre Frage

Wie bewertet die Bundesregierung das in der US Nuclear Posture Review bekundete Bestreben der US-Regierung, die Einsatzdauer der in Europa - und somit auch der in der Bundesrepublik - stationierten Atomsprengköpfe durch ein umfassendes Life Extension Program zu verlängern, insbesondere im Hinblick auf das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel des Abzugs des US-Atomwaffen aus Deutschland?

beantworte ich wie folgt:

Das von den USA beabsichtigte „Life Extension Program“ (LEP) dient dazu, alle von diesem Programm erfassten US-Nuklearwaffen auch künftig auf dem höchsten Sicherheitsstandard zu halten. Eine nationale oder bündnispolitische Befassung ist davon unabhängig.

Die USA haben in der „Nuclear Posture Review“ explizit darauf verwiesen, dass ein LEP zukünftigen Entscheidungen innerhalb der NATO zur nuklearen Abschreckung und nuklearen Teilhabe nicht vorgreift.

Dessen ungeachtet hat die Bundesregierung die Frage der Ausgestaltung der nuklearen Teilhabe einschließlich der reduzierten Bedeutung von Nuklearwaffen in der Bündnisstrategie auf die Tagesordnung der NATO gesetzt.

Die in diesem Kontext stehende Frage des Abzugs taktischer Nuklearwaffen vom Territorium von NATO-Mitgliedstaaten wird nicht national, sondern im Bündnis zu behandeln und zu entscheiden sein.

An dem im Koalitionsvertrag formulierten Ziel, sich im Bündnis und gegenüber den amerikanischen Verbündeten für den Abzug der in Deutschland verbliebenen Atomwaffen einzusetzen, hält die Bundesregierung fest. In diesem Zusammenhang unterstützt die Bundesregierung auch die Einbeziehung aller taktischen Nuklearwaffen in den weiteren Abrüstungsprozess zwischen den USA und der Russischen Föderation.

Mit freundlichen Grüßen

